

NOMOSPRAXIS

Meysen | Lohse | Schönecker | Smessaert [Hrsg.]

Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG



Nomos

NOMOSPRAXIS

Thomas Meysen | Katharina Lohse
Lydia Schönecker | Angela Smessaert [Hrsg.]

Das neue Kinder- und Jugendstärkungsgesetz – KJSG

Susanne Achterfeld, LL.M., Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Heidelberg | **Dr. Janna Beckmann**, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Heidelberg | **Sabine Gallep**, Ministerium für Bildung, Jugend und Sport des Landes Brandenburg, Potsdam | **Katharina Lohse**, Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V. (DIJuF), Heidelberg | **Dr. Thomas Meysen**, SOCLES International Centre für Socio-Legal Studies, Heidelberg | **Prof. Dr. Stephan Rixen**, Universität Bayreuth | **Lydia Schönecker**, SOCLES International Centre für Socio-Legal Studies, Heidelberg | **Angela Smessaert**, Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, Berlin



Nomos

Zitervorschlag: Meysen/Lohse/Schönecker/Smessaert Neues KJSG

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-7215-5

1. Auflage 2022

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2022. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten.

Vorwort

Nach einem langen und intensiven Diskussions- und Beteiligungsprozess ist am 10. Juni 2021 das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) in Kraft getreten. Mit ihm wird ein seit Jahren verfolgtes Kernanliegen der Kinder- und Jugendhilfe endlich auf den Weg gebracht: Die Zuständigkeit der Kinder- und Jugendhilfe für alle Kinder und Jugendliche, mit und ohne Behinderung. Neben der inklusiven Ausrichtung ist die Reform getragen von einem Gedanken der Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen und Eltern, also eines rechteorientierten Ansatzes des SGB VIII. So finden sich viele Vorschriften zu Beschwerde- und Beteiligungsrechten von Kindern, Jugendlichen und Eltern sowie zur niedrigschwelligen Inanspruchnahme von Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe. Ein weiterer zentraler Gedanke ist die Verbindlichkeit und Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen Akteuren, etwa im Kinderschutz, aber zB auch bei einem Wechsel des jungen Menschen in andere Sozialleistungssysteme.

Die zahlreichen Änderungen betreffen überwiegend das Kinder- und Jugendhilferecht (SGB VIII), aber nicht nur. Auch etliche andere Gesetze wurden geändert, so das Gesetz zur Kooperation und Information im Kinderschutz (KKG), weitere Bücher des Sozialgesetzbuchs (SGB V, SGB IX, SGB X), das Familien- und Familienrecht (BGB, FamFG) und das Jugendgerichtsgesetz (JGG). Das vorliegende Werk stellt die umfangreichen Neuregelungen in zehn Kapiteln vor und gliedert sie thematisch neu. Zunächst werden die Grundthemen der Reform mit ihrer (Neu-)Ausrichtung der Kinder- und Jugendhilfe erläutert (1). Daran schließen sich zentrale Regelungen zur Stärkung der Rechte von Kindern und Jugendlichen (2) und zur inklusiven Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (3) an. Die neuen und geänderten Leistungen verfolgen das Ziel, bedarfsgerechtere Hilfen im SGB VIII zu gestalten (4). Die neu gestalteten und weiter elaborierten Vorgaben zur Hilfeplanung und Perspektivklärung (5) werden gefolgt von den Regelungen zu jungen Volljährigen, zum Leaving Care und zur Kostenbeteiligung junger Menschen (6). Dem Kinderschutz und der Kooperation widmet sich ebenso ein eigenes Kapitel (7) wie den Änderungen im SGB V an der Schnittstelle zum SGB V (8), gefolgt vom Kinderschutz in Einrichtungen und Pflegefamilien (9). Den Abschluss bilden die Themen Statistik, Sorgeerklärungen und die Aufarbeitung politisch motivierter Adoptionen in der DDR (10). Jedes Kapitel ist in thematische Unterkapitel untergliedert, die alle ähnlich aufgebaut sind:

Vorangestellt ist jedem Unterkapitel die **neue Fassung der Norm**, ggf. in synoptischer Darstellung.

Anschließend sind die einschlägigen **Gesetzesmaterialien** wie zB die Begründung zum Regierungsentwurf, die Stellungnahme des Bundesrats mit der Gegenäußerung der Bundesregierung sowie die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgeführt. Zudem sind – wo sie von besonderem Interesse sind – Auszüge aus **Stellungnahmen von Fachverbänden** im Gesetzgebungsprozess abgedruckt.

Vorwort

Es folgt eine **inhaltliche Erläuterung** der Vorschrift, die in der Regel zunächst auf den Hintergrund bzw. den Anlass für die Neuregelung und Gesetzgebungsprozess eingeht, dann den Regelungsinhalt vorstellt und schließlich erste Hinweise für die Umsetzung in der Praxis gibt.

Abschließend finden sich bei jedem Unterkapitel Hinweise auf **weiterführende Literatur**.

Wenn Sie nach einzelnen Vorschriften und den dortigen Änderungen suchen, können Sie in der Tabelle im Nachgang zur Inhaltsübersicht die Kapitel und Randnummern finden, in denen die Änderungen erläutert sind.

Die Texte geben die Auffassungen der Autorinnen und Autoren wieder, sie sind nicht im Namen der Institutionen, für die sie tätig sind, verfasst.

Das Inkrafttreten des KJSG war eigentlich nur der erste Schritt. Nun geht es darum, die Neuerungen mit Leben zu füllen und gut in der Praxis umzusetzen. Das wird an der ein oder anderen Stelle mit Herausforderungen verbunden sein, insbesondere die Frage nach Ressourcen drängt sich auf. Zum Glück aber stärkt das Gesetz viele Ansätze, die Grund dafür sind, warum wir mit Überzeugung und Engagement in der Kinder- und Jugendhilfe sind: Beteiligung, Inklusion, Lebensweltorientierung, Kinder- und Elternrechte, Kooperation und Vieles mehr!

Wir wünschen Ihnen eine spannende Lektüre und gutes Gelingen bei der Umsetzung der Neuregelungen in Ihrer Praxis!

Heidelberg/Berlin, im Oktober 2021

*Thomas Meysen
Katharina Lobse
Lydia Schönecker
Angela Smessaert*

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Paragrafenverzeichnis	11
Abkürzungsverzeichnis	15
Kapitel 1 (Neu-)Ausrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe	19
I. Zielbestimmung und Grundrichtung	19
II. Adressatenorientierte Aufgabenwahrnehmung („wahrnehmbare Form“)	24
III. Inklusion in Bedarfsplanung und Qualitätsentwicklung	28
IV. Stärkung niedrigschwelliger Hilfen und Koordinierung der Angebote im Sozialraum	31
V. Ausstattung der Jugendämter mit digitalen Geräten	39
VI. Ausstattung der Jugendämter mit ausreichend Fachkräften, Verfahren zur Personalbemessung	41
Kapitel 2 Stärkung von Rechten	43
I. Beratungsanspruch von Kindern und Jugendlichen (§ 8 Abs. 3 SGB VIII)	43
II. Beteiligung, Beratung und Aufklärung	46
III. Selbstvertretungen	51
IV. Ombudsstellen (§ 9a SGB VIII)	58
Kapitel 3 Inklusion	65
I. Drei-Stufen-Plan	65
II. Behinderungsverständnis und ärztliche Stellungnahme	74
III. Inklusiver Kinderschutz	80
IV. Jugendarbeit inklusiv sicherstellen	85
V. Gemeinsame Förderung in Tagesbetreuung	90
VI. Jugendamt im Gesamtplanverfahren	95
VII. Planung beim Zuständigkeitsübergang ins SGB IX	100
VIII. Verfahrenslotsen	105

Inhaltsübersicht

Kapitel 4	Bedarfsgerechte Hilfen	110
	I. Alte neue Leistungen	110
	II. Vereinbarungen bei ambulanten Leistungen: Qualitätssicherung und -entwicklung	132
Kapitel 5	Hilfeplanung und Perspektivklärung	137
	I. Hilfeplanung	137
	II. Hilfeplanung bei stationären Hilfen	143
	III. Perspektivklärung im Rahmen der Hilfeplanung (§ 37c Abs. 1 und 2 SGB VIII)	154
	IV. Verbleibensanordnung (§§ 1632 Abs. 4 S. 2, 1800 BGB, 1795 Abs. 1 S. 3 BGB idF 1.1.2023)	158
	V. Aufhebung einer Verbleibensanordnung (§ 1696 Abs. 3 BGB, § 166 Abs. 2 FamFG)	163
	VI. Kindeswohlprinzip (§ 1697a Abs. 2 BGB)	166
Kapitel 6	Junge Volljährige, Leaving Care und Kostenbeteiligung	170
	I. Anspruch auf Hilfe für junge Volljährige (§ 41 Abs. 1 SGB VIII)	170
	II. Übergang: Leaving Care (§ 41 Abs. 3, § 36b Abs. 1 SGB VIII)	173
	III. Nachbetreuung (§ 41a SGB VIII)	177
	IV. Kostenbeteiligung (§§ 92 Abs. 1a, 94 Abs. 3, 94 Abs. 6 SGB VIII)	180
Kapitel 7	Kinderschutz und Kooperation	185
	I. Multidisziplinäre Gefährdungseinschätzung	185
	II. Informationsweitergabe an das Jugendamt durch Berufsheimnisträger:innen	191
	III. Rückmeldepflicht an informierende Berufsheimnisträger:innen	197
	IV. Informationsweitergabe durch Zollbehörden sowie Strafverfolgungsbehörden, Strafgerichtsbarkeit und ordentliche Gerichtsbarkeit	202
	V. Schutz in Kindertagespflege	209
	VI. Interkollegialer Ärztetausch	214
	VII. Zusammenarbeit mit den Familiengerichten	219
	VIII. Zusammenarbeit bei Jugendhilfe im Strafverfahren	224

Kapitel 8	Schnittstelle zur Gesundheitshilfe	230
	I. Geschlechts-, alters- und behinderungsspezifische Besonderheiten	230
	II. Kind- und jugendspezifische Belange	232
	III. Strukturelle Sicherung der Kooperation mit Jugendhilfe	234
Kapitel 9	Kinderschutz in stationären Hilfen	241
	I. Betriebserlaubnis für Einrichtungen	241
	II. Schutzkonzepte in Pflegefamilien	271
	III. Auslandsmaßnahmen	276
Kapitel 10	Statistik, Sorgeerklärungen, Aufarbeitung	285
	I. Statistik	285
	II. Sorgeerklärungen	302
	III. Aufarbeitung Adoptionsverfahren in der DDR	307
	Literaturverzeichnis	313
	Stichwortverzeichnis	327